



Presseinformation

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist Redebeginn

Nr. 033 / 2015

Kiel, Freitag, 23. Januar 2015

Bildung / Schulnoten

Anita Klahn: Bei den Schulnoten ist diese Regierung auf dem Holzweg

In ihrer Rede zu TOP 23 und 27 (Schulnoten) erklärt die bildungspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, **Anita Klahn**:

„Wir sprechen immer davon, wie wichtig es ist, die frühkindliche Bildung in Kindergärten und in Vorschulen oder noch früher zu stärken und auszubauen. Kinder brauchen gute Bildung von Anfang an. Nur leider ist jede noch so gute frühkindliche Bildung für die Katz, wenn die Primärbildung in der Grundschule nicht an die erzielten Fortschritte anknüpfen kann.“

Durch die Politik der Landesregierung besteht tatsächlich die Gefahr, dass dieser Fall eintreten wird. Die Landesregierung unternimmt alles, um Unruhe in die Grundschulen zu bringen, was leider dazu führt, dass die Bildungsqualität an unseren Grundschulen leidet.

Lassen sie mich Ihnen in Erinnerung rufen, was die Landesregierung den Grundschulen alles zumutet:

1. Schließung kleiner Grundschulstandorte

Die Landesregierung lässt die Grundschulen hängen. Diese Landesregierung schafft immer mehr überflüssige Oberstufen an Gemeinschaftsschulen, während Außenstellen von Grundschulen geschlossen werden. Kleine Grundschulkinder aus dem Westen Fehmarns müssen jetzt Wege von bis zu einer Stunde auf sich nehmen. In Dithmarschen stehen weitere Schließungen an. Wir haben gefordert, einen Sicherstellungszuschlag für kleine Grundschulstandorte einzuführen, denn nur über Personalstellen lassen sich die kleinen Standorte halten. Das wurde von der Koalition abgelehnt. Stattdessen wurden Nebelkerzen geschmissen, auf irgendwelche Experimentierklauseln und mögliche EU-Mittel verwiesen. Nichts davon wird helfen, die Schulen und Außenstellen werden einfach geschlossen.

2. Inklusion

Auch bei der Inklusion werden die Grundschulen, wie im Übrigen alle allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen allein gelassen. Trotz aller Beuerungen scheint die Landesregierung weiterhin allein die Inklusionsquote

Dr. Klaus Weber, Pressesprecher, v.i.S.d.P., FDP-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag,
Landeshaus, 24171 Kiel, Postfach 7121, Telefon: 0431 / 988 1488, Telefax: 0431 / 988 1497,
E-Mail: fdp-pressesprecher@fdp.lsh.de, Internet: <http://www.fdp-fraktion-sh.de>

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

www.fdp-fraktion-sh.de

im Blick zu haben, als das Wohl des einzelnen Kindes. Wie auch die schriftliche Anhörung zum Inklusionskonzept ergeben hat, sind die bisherigen konkreten Vorschläge der Landesregierung zu den Schulassistenten untauglich, da weder Aufgabenstellung, noch Qualifikation geklärt sind. Wegweisend wird auch das aktuelle Urteil des OVG Lüneburg zur Inklusion sein, das klar festhält, dass die inklusive Schule nicht hinter dem Förderniveau bisheriger Förderschulen zurückfallen darf. Wie die aktuelle Situation aussieht mit vielleicht zwei Förderstunden in der Woche, brauche ich wohl nicht weiter ausführen.

3. Besoldung

Die Besoldung ist auch ein großes Problem. Mein Kollege Christopher Vogt hat jüngst die Landesregierung erneut gefragt, wie den die Besoldung der Lehrkräfte nach dem neuen Lehrkräftebildungsgesetz aussehen soll. Die Antwort war wie immer: Es gibt keine Aussage. Vollkommen fahrlässig verdrängt die Landesregierung dieses Problem seit mehreren Jahren. Die Lehrerbesoldung ist nicht nur ein großes Haushaltsrisiko, sondern die Lehrer haben selbstverständlich Anspruch darauf, zu erfahren, wie es in diesem Bereich weitergeht. Gerade die Grundschullehrer interessiert die Antwort der Landesregierung. Auch die ungeklärte Besoldungsfrage schafft nur Unruhe.

4. Bürokratiemonster Übergangsempfehlung

Der jüngste offene Brief aus den Grundschulen ist ein Hilferuf. Die Streichung der Schulübergangsempfehlung ist ein Fehler. Stattdessen hat die Landesregierung mit ihrem Entwicklungsbericht zum Übergang von der Grundschule auf eine weiterführende Schule ein bürokratisches Monstrum geschaffen, was erhebliche Ressourcen bei der Lehrerschaft kostet, aber keinen Gewinn für die Schülerinnen und Schüler erbringt.

5. Rechtschreibung an Grundschulen

Auch dass die Regierungskoalition offensichtlich keine Anspruch hat, Rechtschreibstandards an unseren Schulen zu halten, spricht für sich. Unser gemeinsamer Antrag mit der Union zum Thema Schriftspracherwerb fordert lediglich, dass selbstverständlich alle an unseren Schulen angewendeten Methoden dem aktuellen wissenschaftlichen Stand entsprechen. Nicht mehr, aber auch nicht weniger. Die Methode ‚Lesen durch Schreiben‘ erfüllt diese Voraussetzung nicht, da durch wissenschaftliche Studien nachgewiesen wurde (zuletzt von Professor Reinold Funke, PH Heidelberg), dass diese Methode signifikant schlechtere Ergebnisse produziert als z.B. die Fibel-Methode. Insbesondere Kinder mit Migrationshintergrund sowie Kinder aus bildungsfernen Bevölkerungsgruppen erfahren erhebliche Nachteile durch die Methode beim schriftsprachlichen Lernen. Die Koalition hat eine ernsthafte Auseinandersetzung bisher verweigert und das Thema nur ins Lächerliche gezogen. Ich finde es aber nicht lächerlich, wenn Kinder nicht richtig lesen und schreiben lernen.

6. Noten

Auch bei den Noten ist diese Landesregierung völlig auf dem Holzweg. Wir brauchen Noten ab Klasse 3, die bei Bedarf durch Kompetenzraster oder Entwicklungsbericht ergänzt werden können. Die Leistungsorientierung muss an unseren Schulen bestehen bleiben. Ich erinnere daran, dass Noten gerade als egalitäres Prinzip eingeführt wurden und so Kriterien wie Herkunft und sozialer Status durch das Leistungsprinzip ersetzt werden konnten. Da wir parlamentarisch bei diesem Thema offensichtlich nicht weiterkommen, ist die Einbindung der Bevölkerung in einen direktdemokratischen

Prozess der nächste richtige Schritt, um die Landesregierung zur Vernunft zu bringen.“